

Vorlage 2021/61

Antrag der Fraktion Fridays for Future

eingereicht
durch Florian
König.

Klimaneutrale Universität

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament fordert von der Universität Hamburg, vertreten durch den Präsidenten, dass:

- die Universität Hamburg ihre Verantwortung zur zukunftsorientierten Entwicklung der Gesellschaft und der damit verbundenen Vorbildfunktion im Klima- und Umweltschutz als öffentliche Bildungsinstitution anerkennt.
- die Universität Hamburg anerkennt, dass zur Abwendung weiterer irreversibler und existenzbedrohender Folgen der globalen Erderhitzung, insbesondere für jüngere Generationen, drastische Maßnahmen mit sofortiger Wirkung notwendig sind.
- sich die Universität Hamburg zur Klimaneutralität des gesamten Hochschulbetriebs bis spätestens zum Jahr 2025 verpflichtet.
- die Universität Hamburg mit sofortiger Wirkung eine Stabsstelle Klimaschutz bzw. einen Klima- und Umweltrat errichtet, welche/r einen verbindlichen Pfad und eine Vorgehensweise zur Emissionsreduktion der Universität Hamburg erstellt. Das zu bildende Gremium soll mit der Kompetenz ausgestattet werden, die Einhaltung der konkreten Emissionsziele der Universität zu überprüfen.

Begründung:

Die Klimakrise ist die größte gesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Ihre Folgen sind verheerenden Ausmaßes und schon heute zu spüren. Die Berichte des Weltklimarats zeigen eindringlich, dass schnellstmöglich gehandelt und eine Dekarbonisierung in allen Sektoren und seitens aller Akteur:innen angegangen werden muss, wenn weitere irreversible und existenzbedrohende Folgen, insbesondere für die junge Generation vermieden werden sollen.

So hat auch die Universität Hamburg eine maßgebliche Verantwortung als Lebensmittelpunkt der über 50.000 Studierenden und Mitarbeitenden, als wissenschaftliches Gremium mit Exzellenzstatus und als eine der zehn größten Hochschulen Deutschlands. Es ist ihre Pflicht, dem Exzellenzstatus entsprechend zu handeln und sich als Vorbild in der Universitätslandschaft zur Klimaneutralität bis 2025 zu verpflichten und sich zu ihrer Verantwortung beim Klimaschutz zu bekennen. Nicht nur in Bezug auf Bauvorhaben und Energiemanagement, sondern auch in Hinblick auf den Umgang mit Ressourcen sollte die Universität ihrem Selbstbild als "Universität der Nachhaltigkeit" entsprechen. Dabei gilt es systemimmanente Lösungen zu finden, welche sozial gerecht sind und nicht zulasten der Studierenden ausfallen. Die Universität muss eigenständig ihrer Verantwortung gerecht werden. Das Studierendenparlament stellt daher die obengenannten Forderungen an die

Vorabfassung - wird durch lektorierte Fassung ersetzt.

Universität.

Die Freie Universität Berlin geht mit gutem Beispiel voran und zeigt, dass Klimaneutralität bis zum Jahr 2025 möglich gemacht werden kann, während diese Möglichkeit bei der Leuphana Universität, der ersten klimaneutralen Universität Deutschlands, bereits Realität geworden ist.

Um ihrem eigenen Anspruch, "Universität der Nachhaltigkeit" zu sein, gerecht zu werden, ist mindestens die konsequente Umsetzung obigen Forderungen notwendig.

Hamburg, den 21. Januar 2021
gez. Florian König